

„... österreichische Schweinerei“

Reaktionen des deutschen Bundeskanzlers Adenauer auf Staatsvertrag und Neutralität 1955 Von Michael Gehler

Entgegen
„Befürchtungen“
westlicher Kreise und
Unkenrufen aus Bonn
schaffte Österreich den
Abschluß seines
Staatsvertrages.

Aus einer Tagebucheintragung des CDU/CSU-Bundestagsfraktions-Vorsitzenden Heinrich Krone vom 30. Juni 1955 geht folgendes hervor: Österreichs Außenminister Leopold Figl habe dem bayerischen CSU-Politiker Hanns Seidel mitgeteilt, „es liege in Wien eine zu beachtende Meldung aus Moskau vor, nach der die Russen die Absicht hätten, einer Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit zuzustimmen, diesem Deutschland militärische Kräfte zuzugestehen und einen Teil des Gebietes jenseits der Oder-Neiße zurückzugeben; die einzige Gegenleistung der Bundesrepublik müsse sein, daß Deutschland sich aus dem NATO-Bündnis löse“.

Adenauer glaubte, daß solche Überlegungen existierten und ihm bei seinem bevorstehenden Besuch in Moskau präsentiert würden, wies aber Krone gegenüber „auf das Gefährliche dieses Vorschlages hin“ und war nicht bereit, auf solche Gedankengänge einzugehen.

Dorn im Auge

Schon vor 1955 hatte Adenauer jeglichen Vergleich mit Österreich kategorisch abgelehnt. Die dort praktizierte Vier-Mächte-Lösung war ihm ein Dorn im Auge gewesen. „Neutralität“ unterschied er nicht von „Neutralisierung“, wobei er dabei eine „Sowjetisierung“ Deutschlands befürchtete.

Könnte es nach alledem verwundern, daß die sich anbahnenden bilateralen österreichisch-sowjetischen Kontakte im Frühjahr 1955 von Bonn falsch beurteilt wurden? Angst ist an sich kein guter Ratgeber. In einer Rede am 25. April — Raab war bereits mit seiner Delegation und dem „Moskauer Memorandum“ in der Tasche heimgekehrt — ging Adenauer von der Feststellung aus, daß die Lösung der österreichischen Frage „keinesfalls als Muster für „Wesen und Methode der Regelung des deutschen Problems dienen“ dürfe. Österreich sei ein kleines Land, „dessen militärisches und wirtschaftliches Potential nicht ins Gewicht fällt und das überdies am Rande der kritischen Zone liegt“. Deutschland hingegen befände sich „genau im Mittelpunkt dieses Spannungsfeldes“. Die Verschiedenheit dieser geographischen Positionen bilde einen entscheidenden Faktor der außenpolitischen Konzeptionen beider Staaten.

Trotz des österreichischen Verhandlungserfolgs weigerte er sich, darin Lösungsansätze für die deutsche Frage zu sehen, wobei sich anlässlich der für Bonn unerwartet ungünstigen Regelung des deutschen Eigentums im Staatsvertrag (Art. 22) nun sein Unmut voll entladen konnte.

Im CDU-Bundesvorstand Anfang Juni ließ er keinen Zweifel daran, „daß von seiten Sowjetrußlands diese Neutralität Österreichs vorgeschlagen und dann akzeptiert worden ist, um hier bei uns in Deutschland ähnliche Gedanken und Ideen, die schon vorhanden waren, zu fördern, vielleicht auch, um solche Gedanken und Ideen zu fördern in anderen Teilen Europas und der Welt“.

Adenauers kompromißlose Westintegrationspolitik gab auch den Westmächten keinen Anlaß, ihre Deutschlandpolitik zu überdenken, geschweige denn eine aus ihrer Sicht gefährliche

und unberechenbare Lösung anzustreben, die sich aus dem „Modellfall“ Österreich ergeben konnte, zumal gerade die Einbindung der Bundesrepublik in das militärische und ökonomische System des Westens abgeschlossen war. Bereits im März hatten sie den Vorschlag Bulganins zur Abhaltung einer Außenministerkonferenz in Wien zur Enttäuschung der Sowjets abgelehnt, um sich nicht in eine Diskussion über die deutsche Frage einlassen zu müssen.

Dennoch sorgte sich Adenauer über neutralistische Tendenzen und ein mögliches Verständnis hierfür bei den Amerikanern. So drängte Bonn im Zuge der „Österreichlösung“ die Westmächte auf Beibehaltung und Fortsetzung der „Politik der Stärke“. Eisenhowers Erklärung im Mai, wonach ein neutraler Staatengürtel in Europa nicht ausgeschlossen sei, wenn jene Staaten eine bewaffnete Neutralität wie die Schweiz praktizierten, hatte Kanzler Adenauer in seinen Befürchtungen vor einer Wiedervereinigung unter neutralistischen Vorzeichen bestärkt.

Hat Adenauer überhaupt die Österreichlösung als Alternative zu seiner Politik bzw. als Probe auf Entspannung begriffen? Am 3. Juni ließ er im CDU-Bundesparteivorstand durchblicken, daß die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages nicht nur unerwartet rasch für ihn erfolgte, sondern auch gar nicht in sein Konzept paßte. Mit dem neutralen Staatengürtel wäre „die Europapolitik“ seiner Überzeugung nach „vollkommen ausstrahlt, mit der Wurzel entfernt“. Die neutralisierten Staaten würden „mit tödlicher Sicherheit wie auch die anderen Länder in absehbarer Zeit in die russische Atmosphäre hineinkommen“. „Für uns Deutsche“ berge „der Gedanke die denkbar größte, ja eine tödliche Gefahr in sich“. Die Möglichkeit, daß solche Ideen auch bei den Westmächten, v. a. in Washington, Gefallen finden könnten, veranlaßte ihn von der „ganzen österreichischen Schweinerei“ zu sprechen, ein für Wien wenig schmeichelhaftes Diktum, dessen Überlieferung wir Adenauers Biographen Hans-Peter Schwarz verdanken.

Mit der von Wien 1955 frei gewählten Neutralität war tatsächlich Adenauers „Neutralisierungsstrauma“ tief getroffen worden. Dies hat zur Freilegung seiner nicht geringen Aversionen gegenüber Österreich geführt und war mit dem abfälligen Zusatz: „Das Ganze ist getuft mit den österreichischen Sozialisten“ versehen. Adenauer sah „ein Zusammenspiel nachgeordneter Beamter des State Departments mit Wiener Regierungskreisen“. Beides war unzutreffend, obwohl ihm nicht entgangen war, daß „merkwürdigerweise in Österreich die Sozialisten stärkere Gegner Sowjetrußlands sind als die christliche Partei dort“.

Konfrontationspolitiker

Der deutsche Kanzler handelte 1955 nicht als Entspannungspolitiker wie Julius Raab, sondern als Politiker fortgesetzter Konfrontation. Die antikommunistische Haltung der deutschen Öffentlichkeit kam ihm hierbei entgegen. Österreichs Erfolg löste zwar innerhalb des Bundestags keine größere Oppositionsbewegung mit entsprechender Wirkung gegen die Regierung aus, aber der öffentliche Erwartungsdruck nahm zu und trug dazu bei, daß Adenauer die Moskareise im September 1955 unternahm.

Seine Sorgen waren freilich nicht unbegründet: Die „Österreichlösung“ drohte alternative politische Szenarien für die deutsche Frage auszulösen. Deshalb vertrat Bonn die These von der Unvergleichbarkeit mit der lapidaren Feststellung: „Österreich ist nicht Deutschland.“ Tatsächlich bestanden fundamentale diplomatiepolitische Unterschiede zwischen Bonn und Wien: Raab hatte das Angebot Molotows vom 8. Februar aufgegriffen, während



Adenauer hat Österreich mißverstanden.

Bild: SN/Archiv

Adenauer den sowjetischen Vorschlag vom 15. Jänner 1955, der freie Wahlen für ganz Deutschland unter internationaler Kontrolle vorsah, als taktisches Ablenkungsmanöver abtat.

Die Frage, ob die sowjetische Politik mit der Lösung der Österreichfrage im Jahre 1955 einen Präzedenzfall für Deutschland schaffen wolle, ist nach wie vor unbeantwortet. Aus französischen und österreichischen Quellen ergeben sich immerhin aufschlußreiche Hinweise darauf, daß hinter der sowjetischen Politik 1955 mehr als nur die Absicht stand, ihre Truppen aus Ost-Österreich abziehen und ein Signal mit Blick auf Entspannungspolitik zu setzen. Es spricht einiges dafür, daß diese Bestrebungen des Kreml im Frühjahr 1955 auch den Wunsch nach Überwindung der Blockbildung einschlossen und hierbei die Österreichlösung als Modell für ein neutrales bzw. neutralisiertes Deutschland fungieren sollte. Bis zur Genfer Konferenz bestand sowjetischerseits noch Interesse, das Deutschlandproblem unter Bedingungen zu diskutieren, wie sie Stalin schon 1952 vorgeschlagen hatte und so wie sie am Beispiel Österreichs 1955 umgesetzt wurden: „Neutralisierung“, Zusage militärischer Blockfreiheit und Billigung nationaler Streitkräfte. Der Preis hierfür wäre wohl — wie Figl es Seidel wissen ließ — das Fernbleiben eines geeinten Deutschlands von der NATO gewesen. Die Pariser Verträge waren zwar schon unterschrieben, die Ratifizierung aber noch nicht abgeschlossen. Diese hatte bei der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ja lange gedauert und war letztlich gescheitert.

Die Österreich- und die Deutschlandfrage wären sicher nicht gleich zu behandeln gewesen. In der Art der Lösungsfindung — beispielsweise auf Vier-Mächte-Basis mit schrittweisen, gegenseitigen Konzessionen bei zunächst niedrig angesiedelten Sachfragen — hätten sich aber Verhandlungsmöglichkeiten und Parallelen zur Österreichlösung ergeben können. Sowohl die Westmächte als auch Adenauer waren aber gegen solche „Experimente“: Die Politik der Westintegration der

Bundesrepublik, die für alle Beteiligten im Westen ihre unzweifelhaften Vorteile hatte, sollte — kurz vor ihrer Vollendung — nicht mehr gefährdet werden.

Die bundesdeutsche Opposition hatte den deutschlandpolitischen Kurs Adenauers noch einmal massiv in Frage stellen wollen: Die SPD sah im Frühjahr 1955 in der sich anbahnenden Österreichlösung einen Hebel zur Konkretisierung der Adenauerschen Politik. Tatsächlich enthielt die sowjetische Österreichpolitik neue, konstruktive Elemente. Die deutschen Sozialdemokraten versuchten daher, mittels ihrer Genossen in der österreichischen Delegation in Moskau zu den sowjetischen Intentionen bezüglich der deutschen Frage sondieren zu lassen. Die Österreicher befürchteten aber eine Infragestellung des sich abzeichnenden Verhandlungserfolges, wenn die deutsche Frage wieder gleichzeitig mit der Österreichfrage diskutiert werden würde. Nur die getrennte Behandlung beider Fragen schien den Abschluß des Staatsvertrages zu garantieren. Kreisky und Schärf zeigten daher nur wenig Neigung zur authentischen Übermittlung der sowjetischen Positionen an die deutschen Parteifreunde und spielten die Aussagen Molotows und Bulganins bewußt herunter, so daß bei der SPD der Eindruck entstehen mußte, daß die Sowjets nichts mehr mit der deutschen Frage im Sinne hätten und zum Status-quo-Denken übergegangen wären. Tatsächlich ließ die SPD in der Folge von einer Instrumentalisierung des Österreichthemas ab.

„Zwei-Staaten-Theorie“

Die Sowjets konnten mit der Lösung der Österreichfrage im Sinne des „Modellfalls“ innenpolitisch in der Bundesrepublik nichts mehr ins Rollen bringen. Nach der Rückkehr vom Genfer Gipfel machte Chruschtschow in Ost-Berlin Station und ging offiziell zur „Zwei-Staaten-Theorie“ über.

Die französische Diplomatie stand der österreichischen Neutralitätspolitik wohlwollend gegenüber, u. a. auch des-

wegen, weil sie davon ausgehen konnte, daß Adenauer eine analoge Lösung der deutschen Frage, welche die von ihr unerwünschte deutsche Einheit impliziert hätte, nicht wollte. Erst aus dieser Uneinbarkeit der außenpolitischen Bindung beider Länder erwuchs das Hindernis für einen erneuten Anschluß, welcher von Frankreich, der UdSSR und Österreich abgelehnt wurde.

Im Belvedere war damit am 15. Mai Einstimmigkeit für die „Österreichlösung“ gefunden. Wien hatte es bei der Erreichung von Einheit und Unabhängigkeit auch viel einfacher als es Deutschland gehabt hätte, gerade deswegen, weil sich die Chance zur Bewahrung der Integrität und Erlangung der Souveränität erst aus der Westintegration der Bundesrepublik ergab und mit einem französischen Veto gegen eine deutsche Wiedervereinigung gerechnet werden mußte. Daneben benötigte der Westen das bundesdeutsche Potential zur Durchführung des Kalten Krieges gegen die Sowjets und zur Kontrolle der Deutschen selbst, so daß eine deutsche Neutralität fundamental seinen Interessen widersprach.

Keine Schaukelpolitik

Während sich die österreichische Neutralität mit ihrem spezifischen Hintergrund nur theoretisch als „Modell“ für Deutschland hätte anwenden lassen, durfte die erfolgreiche Art und Weise der Balancepolitik Raabs 1953 bis 1955 nicht als risikoreiche und „gefährliche“ Schaukelpolitik mißverstanden werden. Ein solches, zweifellos kompliziertes und aufwendiges Verfahren wollte im Westen aber niemand riskieren, am wenigsten Adenauer.

Die Österreicher überließen ihr eigenes Schicksal nicht anderen Mächten, sondern nahmen es selbst in die Hand und verhandelten mit Moskau. Die Versuche der Angloamerikaner, „Schaden“ zu begrenzen, machten deutlich, wie weit die Diplomatie des Ballhausplatzes im Frühjahr 1955 ihr Ziel bereits vorangetrieben hatte. Dadurch waren die Westmächte in Zugzwang geraten und mußten ihre Interessen wahren, ohne daß Wien sich „zwischen die Stühle setzte“ oder „antiwestlicher“ Haltungen bezichtigt werden konnte. Letztlich ging es ja auch hier um die vielzitierte „Freiheit“ des Landes.

Staatssekretär Ferdinand Graf brachte es am außerordentlichen ÖVP-Bundesparteitag am 18. Mai 1955 auch auf den Punkt: „Nach Jahren ehrlichen Ringens um den Staatsvertrag haben wir innerhalb weniger Wochen erhalten, was wir vor Monaten noch nicht zu hoffen wagten. Niemand kennt die wahren Gründe für dieses rasche Ja. Als Realisten hatten Kanzler Raab und Außenminister Figl und auch das österreichische Volk — und das sei manchem Kritiker in Westeuropa klar und eindeutig gesagt — die Chance von Moskau zu nützen. Wir danken allen Großen für ihr Ja.“

Der Mut zum Risiko hatte sich gelohnt: Österreich erlangte Unabhängigkeit und Freiheit, ihm blieb weiterer Kalter Krieg erspart und wirtschaftlicher Wohlstand nicht verwehrt, auch wenn es nur ein „kleines Wirtschaftswunder“ gegeben hatte. Entgegen „Befürchtungen“ westlicher Kreise und Unkenrufen aus Bonn im Vorfeld des Staatsvertragsabschlusses ließ sich Österreich von der östlichen Supermacht politisch nicht unter Druck setzen, als es um den Beitritt zur EFTA 1960 oder das 1972 mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Montanunion getroffene Arrangement ging. Beides mußten die Sowjets schließlich auch akzeptieren, so daß sich Österreichs „prowestliche“ Haltung trotz Neutralität Geltung verschaffen konnte.

Der Autor ist Lehrbeauftragter an der Universität Innsbruck für Zeitgeschichte.